

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

16. WP - 27. Sitzung

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 27. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. November 2006, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses**

Astrid Höfs (SPD) Vorsitzende  
Niclas Herbst (CDU)  
Manfred Ritzek (CDU)  
Peter Sönnichsen (CDU)  
Rolf Fischer (SPD)  
Hans Müller (SPD)  
Anna Schlosser-Keichel (SPD)  
Dr. Ekkehard Klug (FDP)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses**

Sylvia Eisenberg (CDU) Vorsitzende  
Heike Franzen (CDU)  
Niclas Herbst (CDU)  
Dr. Henning Höppner (SPD)  
Dr. Ekkehard Klug (FDP)  
Hans Müller (SPD)  
Jürgen Weber (CDU)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Hartmut Hamerich (CDU)  
Susanne Herold (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vorstellung des Projekts oncampus durch die Fachhochschule Lübeck</b>	<b>4</b>
<b>2. Präsentation der friesischen Volksgruppe</b>	<b>6</b>
<b>3. Weiterentwicklung der Academia Baltica</b>	<b>9</b>
<b>4. Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu den Empfehlungen der Europäischen Union zu</b>	<b>11</b>
<b>a) Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen</b>	
<b>b) Effizienz und Gerechtigkeit in den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung</b>	
hierzu: Umdrucke 16/1308, 16/1330, 16/1333 und 16/1370	
<b>6. Finanzierung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas - Beitritt Schleswig-Holsteins</b>	<b>13</b>
<b>7. Transparenzinitiative der EU</b>	<b>15</b>
hierzu: Umdruck 16/1355	
<b>8. Verschiedenes</b>	<b>18</b>

Die Vorsitzende des Europaausschusses, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Vorstellung des Projekts oncampus durch die Fachhochschule Lübeck**

Berichterstatter: Prof. Dr. Rolf Granow, Geschäftsführer der  
oncampus GmbH

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Der Geschäftsführer der oncampus GmbH, Herr Prof. Dr. Rolf Granow, führt anhand der in Anlage 1 diesem Protokoll beigefügten Präsentation in das Thema ein. Abschließend lädt er die Ausschüsse ein, sich den oncampus vor Ort in Lübeck anzusehen.

Abg. Müller bedankt sich für die Einladung und weist darauf hin, dass sein Besuch in Lübeck im vergangenen Frühjahr sehr aufschlussreich gewesen sei. Auch die internationale Zusammenarbeit der Fachhochschule sei sehr interessant. Ihn interessiert, aus welchen Quellen die Mittel für die Finanzierung des oncampus stammen und welchen Anteil EU-Mittel ausmachen.

Herr Prof. Granow antwortet, dass der Studiengang Transregional Management von der Europäischen Union über INTERREG-Mittel finanziert werde, der Schwerpunkt der EU-Förderung liege aber auf dem Erstellen von Netzwerken. Eine Erhebung von Gebühren sei besonders für osteuropäische Studierende eine große Hürde, man habe aber ein Interesse an der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Deshalb müssten Mechanismen gefunden werden, um die Probleme zu lösen.

Auf eine weitere Nachfrage führt Herr Prof. Granow aus, die Lerninhalte würden aufgrund der internationalen Nutzung in Englisch angeboten, es gebe für deutsche Studierende aber auch Zugang zu deutschsprachigen Lernmaterialien. Eine Betreuung in den jeweiligen Nationalsprachen stehe der Idee der internationalen Vernetzung entgegen.

Herr Prof. Dr. Granow führt auf Nachfragen der Abg. Eisenberg und Weber aus, die Einschreibung sei an die gleichen Bedingungen geknüpft wie bei jedem anderen Studiengang auch. Man lege Wert darauf, dass dies so sei, da sowohl das Lernangebot inhaltlich als auch die zu erwerbenden Abschlüsse äquivalent zu den Abschlüssen anderer Fachhochschulen seien. Die Online-Studierenden erreichten in der Regel bessere Abschlüsse, was vermutlich jedoch auf die höhere Motivation bei Studierenden zurückzuführen sei, die ein berufsbegleitendes Studium absolvierten.

Im Zusammenhang mit einer Frage des Abg. Weber weist er daraufhin, dass die Gebührenfrage Ländersache sei. Die Angebote der Fachhochschule seien grundsätzlich gebührenfrei, es gebe aber Medienbezugsgebühren, die jedoch selbst bei Vollzeitstudierenden die geplanten Studiengebühren von 500 € pro Semester nicht überstiegen. In Niedersachsen behandle man Online-Studiengänge getrennt von anderen Studiengängen, dort seien Gebühren für das Online-Studium also günstiger als die reguläre Semestergebühr. Ansonsten decke die Medienbezugsgebühr die Aufwendungen für die Aktualisierung der Lernmaterialien und die Bereitstellung der Lernumgebungen. Zur Entwicklung neuer Inhalte benötige man zusätzliche Mittel, die über Projekte eingeworben würden. Zwei Personen des Mitarbeiterstabes von insgesamt 16 seien mit der Aktualisierung von Lerninhalten beschäftigt, diese würden aus den Einnahmen des laufenden Betriebs finanziert. Die Entwicklung neuer Lerninhalte könne aus dem operativen Geschäft nicht bestritten werden, diese würden über die Einwerbung von Drittmitteln finanziert. Das Ziel bestehe darin, durch sorgfältige Vorbereitung von Lerninhalten und den Aufbau einer guten Infrastruktur die später anfallenden Kosten gering zu halten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Präsentation der friesischen Volksgruppe**

Berichterstattung durch Mitglieder des Friesenrates Sektion Nord

hierzu: Anlage 2 zu dieser Niederschrift

Herr Nommensen bedankt sich für die Einladung zur gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse und führt anhand der in Anhang 2 dieser Niederschrift angefügten Anlage in das Thema ein.

Die Präsentation sei erstellt worden, weil man festgestellt habe, dass es sehr unterschiedliche Informationen über die Friesische Volksgruppe gebe. Die Volksgruppe der Friesen gebe es schon sehr lange, ebenso wie eine lange Zusammenarbeit mit den niederländischen Friesen. Ausdruck der europäischen Dimension sei die Tatsache, dass die Friesen auch Gründungsmitglied der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen und bei dem Deutschen Komitee des Europäischen Büros für weniger verbreitete Sprachen seien. In diesem Zusammenhang weist er auch auf den Interfriesischen Kongress in Leck und die zu diesem Thema dem Ausschuss zugegangenen Unterlagen hin. Er begrüßt, dass die Zuwendungen der Landesregierung nicht gekürzt worden seien.

Für Minderheiten generell sei es wichtig, dass im Europäischen Haushalt Mittel für die Minderheiten eingestellt würden. Die neu beginnenden Programme seien leider noch weniger auf die Bedarfe der Minderheiten ausgerichtet, Fördermittel seien nur zu bekommen, wenn man sich an größeren Projekten beteiligte. Ein Ansprechpartner beim Europäischen Parlament könne ebenfalls eine wichtige Einrichtung sein. Die Föderalistische Union bemühe sich um Präsenz in Brüssel. Es müsse aber auch gewährleistet sein, dass die Volksgruppen, die keinen Heimatstaat hätten, einer besonderen Unterstützung erführen.

Wichtig sei, dass Minderheitenpolitik auch auf internationaler Ebene eine Rolle spiele, so zum Beispiel beim Baltic Sea Forum, bei der Ostseeparlamentarierkonferenz oder bei dem Parlamentsforum Südliche Ostsee. Man wolle aus dem Umgang mit Minderheiten in anderen Ländern lernen und positive Beispiele übernehmen. Wünschenswert sei, auch bei Seminaren über Landeskunde minderheitenpolitische Fragen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Ritzek merkt zum Hinweis von Herrn Nommensen im Bezug auf die Präsenz des Themas Minderheiten im Baltic Sea Forum an, bei diesem Forum handele es sich um eine Nicht-Regierungs-Organisation, dessen Programm eine Beschäftigung mit diesem Thema nicht hergebe. - Herr Nommensen erwidert, dass das Thema auch auf dieser Ebene eine Rolle spielen sollte.

Herr Nommensen führt aus, man habe sich gefreut, dass es einen interfraktionellen Berichtsantrag zur Nordseekooperation gegeben habe. Die Nordsee – das Mare Frisicum – müsse einen ähnlichen Stellenwert bekommen wie das Mare Balticum, also die Ostsee.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Umgang mit Minderheitensprachen in der Schule, besonders in der Grundschule. Befremdet äußert er sich über die Tatsache, dass Englischunterricht eingeführt werde, Friesisch aber als zu schwierig angesehen werde. Auch für die Arbeit in den Kindergärten fehle es an einem einheitlichen Konzept, um dort gemeinsame Projekte durchzuführen. Der Friesenrat habe ein Projekt zu Multiplikatoren initiiert, bei der die Mehrsprachpädagogik im Vordergrund stehe. Die Initiative des SSW, Friesisch in den Schulunterricht zu integrieren, werde vom Friesenrat begrüßt. Herr Boysen ergänzt, man komme mit diesem Antrag auch den Empfehlungen des beratenden Ausschusses des Europarates entgegen, der dies in seinem Bericht ebenfalls angemahnt habe.

Herr Boysen hebt besonders hervor, dass es gelungen sei, EU-Mittel zu akquirieren. Es gebe zum Beispiel ein INTERREG-Projekt, bei dem das Nordfriisk Instituut einer der führenden Partner sei. Im europäischen Jahr der Sprachen habe man außerdem das Projekt Sprachengerechte Gemeinde initiiert, das mittlerweile in Brandenburg und Sachsen übernommen worden sei.

Im Ostseeraum gebe es besonders in den baltischen Staaten noch Probleme im Zusammenleben mit der Mehrheit für die Minderheiten, die keinen Mutterstaat hätten. Schleswig-Holstein müsse die Chance nutzen, hier mitzuarbeiten.

Abg. Harms interessiert, was die Friesen im Bereich des kulturellen Tourismus anbieten könnten. - Herr Nommensen führt aus, es gebe eine gute Zusammenarbeit mit den anderen friesischen Minderheiten auf verschiedenen Ebenen. Im Hinblick auf Tourismus könne beispielsweise das Nordfriisk Instituut Informationen für Touristen bereitstellen, die die West-

küste besuchen. Auch Friesische Vereine könnten hier eingebunden werden, um so zu einem qualitativen Tourismus zu kommen.

Zum Hintergrund des Mercator-Projekts – eine weitere Frage von Abg. Harms - führt Herr Nommensen aus, es handele sich dabei um ein Projekt des Büros für weniger verbreitete Sprachen, das an Schulen oder Universitäten durchgeführt werde und sich schwerpunktmäßig mit Minderheitensprachen beschäftige.

Abg. Fischer betont die Notwendigkeit, sich an die Schleswig-Holsteinischen Europaabgeordneten zu wenden, um auf diesem Weg eine Repräsentation der Minderheiten im Europäischen Haushalt zu erreichen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin im kommenden Jahr biete möglicherweise einen Rahmen zur Beschäftigung mit dem Thema Minderheiten.

Herr Nommensen erläutert auf eine Nachfrage, es gebe unterschiedliche Dialekte im Schleswig-Holsteinischen Friesisch, man könne sich jedoch untereinander durchaus gut verstehen.

Im Zusammenhang mit einer weiteren Frage zu seiner Arbeit in Berlin führt Herr Boysen aus, der Friesenrat habe sich in Berlin mittlerweile etabliert. Es gebe auch einen Minderheitenbeauftragten und ein Minderheitensekretariat. Darüber hinaus sei auch ein Arbeitskreis im Bundestag gebildet worden, der am 8. November 2006 zum ersten Mal in seiner neuen Zusammensetzung zusammengekommen sei. Dort würden unter anderem minderheitenbezogene Themen erörtert. Auch die Zusammenarbeit der vier anerkannten Minderheiten in Deutschland habe sich intensiviert, was Vorteile bringe, um sich in Berlin Gehör zu verschaffen. Insgesamt sei eine positive Entwicklung auf Bundesebene zu verzeichnen.

Abg. Fischer schlägt vor, im kommenden Jahr ein Treffen mit dem Europaausschuss, den Schleswig-Holsteinischen Europapolitikern, der Minderheitenbeauftragten der Landesregierung und der friesischen Minderheit zu organisieren, um wichtige Themen vor Ort zu besprechen.

M Döring regt an, das Thema Minderheiten auch im Hanse-Office in Brüssel anzusprechen, um es auf eine europäische Ebene zu heben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Weiterentwicklung der Academia Baltica**

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Einleitend zu diesem Thema führt M Döring aus, die Academia Baltica sei bisher im Haushalt in der Staatskanzlei im Kapitel Erwachsenenbildung veranschlagt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sei durch die Landesregierung die Entscheidung gefallen, die Academia Baltica im kommenden Jahr nur noch mit der Hälfte der Mittel zu fördern und dann die Förderung auslaufen zu lassen. Diese Entscheidung sei auch vor dem Hintergrund gefallen, dass es sich bei der Academia Baltica um die jüngste Einrichtung dieser Art im Land handele.

Die Academia Baltica sei organisatorisch aus der Ostseeakademie hervorgegangen, seitdem habe sie sich jedoch deutlich weiterentwickelt. Die ursprüngliche Aufgabe der Vertriebenenarbeit sei deutlich zurückgefahren worden. Der Schwerpunkt liege jetzt auf der Ostseepolitik, auch bei der Übernahme von Aufgaben im Zusammenhang mit den neuen EU-Beitrittsländern. Die Academia Baltica zeichne sich besonders durch ein hervorragendes Netzwerk im Ostseeraum aus.

Auf Anregung der Abg. Fischer und Ritzek habe man sich im Europaministerium Gedanken über eine weitere Förderung der Arbeit gemacht und sei zu dem Schluss gekommen, dass unter der Voraussetzung, dass die Academia Baltica zu einem wichtigen Baustein der Ostseepolitik werde und auch selbst Gelder einwerbe, eine weitere Förderung aus dem Haushalt des Europaministeriums denkbar sei, wenn dieser Vorschlag vom Europaausschuss gemacht werde. Die inhaltliche Neuausrichtung rechtfertige diese neue Finanzierung aus dem Europaministerium. Konkret könnten im kommenden Jahr 60.000 € zur Deckung der Lücke bereitgestellt werden. Im Jahr 2008 sei eine Finanzierung durch Umschichtung aus verschiedenen anderen Haushaltstiteln denkbar, bis hin zu einer Gesamtsumme von 105.000 €. Die darin enthaltene Einschränkung müsse vonseiten der Academia Baltica durch Einwerben von Mitteln ausgeglichen werden. Insgesamt sei es jetzt Aufgabe des Parlaments, einen entsprechenden Wechsel der Einzelpläne im Haushalt vorzunehmen. Die Arbeit der Academia Baltica rechtfertige in jedem Fall ihren Erhalt.

Abg. Fischer spricht sich für den Erhalt der Academia Baltica aus, weil die Arbeit wichtig sei. Auch die Anbindung an das Europaministerium sei sinnvoll. - Auch Abg. Dr. Klug unterstützt die Initiative der Abg. Fischer und Ritzek, die Academia Baltica zu erhalten und sagt die Unterstützung des Antrages durch seine Fraktion zu.

Der Europaausschuss nimmt den Bericht des Europaministers zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu den Empfehlungen der Europäischen Union zu**

**a) Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen**

**b) Effizienz und Gerechtigkeit in den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung**

hierzu: Umdrucke 16/1308, 16/1330, 16/1333 und 16/1370

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abg. Eisenberg, führt zum gerade zu Ende gegangenen Testlauf zur Subsidiaritätskontrolle aus, der Bildungsausschuss habe die Vorlagen bereits beraten und zustimmend zur Kenntnis genommen. Man habe aber festgestellt, dass sich der Bildungsausschuss nicht mit den inhaltlichen Fragen in ausreichender Tiefe beschäftigen könne. Sie plädiert dafür, mehr Zeit für die inhaltliche Beratung einzuräumen.

Abg. Dr. Klug pflichtet Abg. Eisenberg bei und bekräftigt, dass die Zeit nicht ausgereicht habe, um die Vorlagen inhaltlich zu prüfen. Dies solle auch in einer Stellungnahme klar zum Ausdruck gebracht werden.

Abg. Höfs weist daraufhin, dass der Testlauf der Subsidiaritätskontrolle dienen solle und eine fachliche Diskussion der Inhalte davon unabhängig im Landtag geführt werden müsse. Eine Zuarbeit der Ausschüsse und der Landesregierung sei bei der Beurteilung der Frage der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips von entscheidender Bedeutung.

Abg. Weber betont den Charakter des Testlaufes, der gerade die Kritik am Verfahren ermöglichen müsse. Darüber hinaus sei eine Überprüfung der Frage, ob die Subsidiarität gewährleistet sei, nicht vom Inhalt der jeweiligen Vorlagen vollständig zu trennen. Er plädiert ebenfalls für eine deutliche Formulierung im Hinblick auf die zu kurze Beratungszeit.

Abg. Fischer pflichtet ihm bei, bemerkt aber, dass sich die von dem Ministerium vorgelegten Bewertungsbögen in der Frage der Stichhaltigkeit der Argumente und der Berücksichtigung lokaler und regionaler Aspekte zwischen den beiden Kommissionsvorlagen unterschieden. Er regt an, bei weiteren Vorlagen darauf zu achten, dass die Bedingungen erfüllt seien und darauf hinzuweisen, dass dies in diesem Testlauf nicht in beiden Fällen gegeben sei.

Der Europaausschuss kommt mehrheitlich überein, die kurze Frist in der Stellungnahme kritisch zu bewerten und darauf hinzuweisen, dass die Subsidiarität in einem der beiden Fälle aus seiner Sicht nicht hinreichend gewährleistet ist.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Finanzierung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas -  
Beitritt Schleswig-Holsteins**

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Zum Beitritt zur Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) führt M Döring aus, man sei eingeladen worden, Mitglied zu werden, weil man dort die Kompetenz Schleswig-Holsteins in Fragen der Meerespolitik sehr schätze. Es solle eine Untergruppe von Expertenstaaten gebildet werden, bei der Schleswig-Holstein ebenfalls teilnehmen solle.

Der Beitritt werde durch die Landesregierung veranlasst, über die interne Aufgabenverteilung könne noch verhandelt werden. Die zunächst auf zwei Jahre begrenzte Mitgliedschaft solle den Charakter eines Probelaufs haben, besonders vor dem Hintergrund des nicht unbeträchtlichen Mitgliedsbeitrags.

M Döring weist darauf hin, dass er Hinweise erhalten habe, dass Kommissionspräsident Barroso das Thema Meerespolitik zu einem der zentralen Themen seiner Präsidentschaft machen wolle. Vermutlich werde nach dem jetzt veröffentlichten Grünbuch zur Meerespolitik kein Weißbuch, sondern gleich ein Aktionsplan folgen, der letztlich auch die Förderperiode ab 2014 vorbereiten solle. Für den Aktionsplan benötige die Kommission konkrete Vorschläge, die Schleswig-Holstein geben könne. Ein Beispiel sei ein virtuelles Europäisches Meeresforschungsinstitut. Insgesamt sei die Kommission sehr interessiert daran, mit Schleswig-Holstein Kontakt zu halten, was ein seltener Glücksfall sei. Es bestehe die Chance, die Vorschläge Schleswig-Holsteins in den Aktionsplan einfließen zu lassen, dies sei jedoch nur möglich, wenn das Land auch ein Forum habe, um die Vorschläge vorzutragen. Dieses Forum biete im Moment noch der Ausschuss der Regionen, mit dem Ende seiner Berichterstattertätigkeit werde dies jedoch wegfallen.

Auf Bundesebene gebe es ebenfalls reges Interesse an Meerespolitik, im nächsten Jahr sei eine Konferenz in Bremen geplant, zudem sei Meerespolitik eines der Themen der deutschen Ratspräsidentschaft. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde in der portugiesischen Präsident-

schaft dieses Thema ebenfalls einen großen Stellenwert haben. Dies alles zeige die Bedeutung der Mitgliedschaft in der KPKR.

Auf eine Nachfrage des Abg. Herbst führt M Döring aus, der Konflikt mit Mecklenburg-Vorpommern, der in der vorletzten Sitzung des Europaausschusses angesprochen worden sei, bestehe nach wie vor. Ihm sei aber zugetragen worden, dass Mecklenburg-Vorpommern nun eine andere Art der Zusammenarbeit, eventuell mit Südschweden, anstrebe und insofern die Möglichkeit bestehe, dass sich das Problem auf diese Weise löse.

Abg. Fischer betont die Bedeutung von Instrumenten, um die Interessen Schleswig-Holsteins auch auf europäischer Ebene zu vertreten und begrüßt die Mitgliedschaft in der KPKR. - Auch Abg. Ritzek unterstützt die Mitgliedschaft des Landes in der Konferenz und betont, auch bundesweit sei das Land als Experte akzeptiert, eine Tatsache, die gefördert werden müsse.

Der Europaausschuss unterstützt das Ansinnen der Landesregierung, in der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas Mitglied zu werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Transparenzinitiative der EU**

hierzu: Umdruck 16/1355

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa  
Dr. Thilo Weichert, Leiter des  
Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz

M Döring führt in die Inhalte der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission ein. Die Konsultationsphase habe bis Ende August 2006 angedauert. In der öffentlichen Debatte habe besonders die mit der Transparenzinitiative verbundene Offenlegung aller Subventionsempfänger eine große Rolle gespielt. Befürchtet worden sei dabei vor allem eine Aufweichung nationaler Datenschutzbestimmungen und zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Diese Einwände seien jedoch zu hinterfragen, da es sich bei den Mitteln zum einen um Steuergelder handele und zum anderen die entsprechenden Daten bereits bei der Kommission vorhanden seien und nicht neu erhoben werden müssten. In den Ausschüssen sei das je nach Fachressort unterschiedlich bewertet worden. Es müsse geprüft werden, welche Daten genau veröffentlicht würden. Die Tatsache der Förderung an sich und die Höhe der Förderung sei nach Ansicht des Europaministeriums jedoch nicht schützenswert. Im Kabinett habe man sich darauf geeinigt, sich im Bundesrat bei der Abstimmung zu enthalten, weil keine Einigung der Fachminister habe erzielt werden können.

Der Bundesrat habe den Entschluss gefasst, dem Anliegen der Kommission mit der Maßgabe zuzustimmen, dass die Maßnahmen einheitlich und kostenneutral gestaltet werden sollten. Die Veröffentlichung der Daten solle sich nach der Veröffentlichungskultur der Mitgliedstaaten richten. Die Bundesregierung scheine sich darauf zu einigen, einer Veröffentlichung zuzustimmen.

Er berichtet weiter, der Zustimmung der Mitgliedstaaten im Rat sollten ab 2009 die Angaben über die Agrarbeihilfen veröffentlicht werden, elf Mitgliedstaaten täten dies bereits schon heute. Es sei jedoch Sache der Mitgliedstaaten, wie viele Informationen veröffentlicht werden sollten.

Landesdatenschutzbeauftragter Dr. Weichert ergänzt, die Veröffentlichung von Subventionsinformationen betreffe in Schleswig-Holstein besonders die Fischer und Landwirte. Die Bedenken des Landesentrums für den Datenschutz lägen dem Ausschuss vor (Umdruck 16/1412). Man unterstütze die Zielsetzung der Transparenz im Umgang mit öffentlichen Geldern, besonders sensible personenbezogene Daten müssten aber geschützt werden. Hier müsse eine Abwägung stattfinden. Die Arbeitsgemeinschaft der Informationsbeauftragten in Deutschland habe eine EntschlieÙung veröffentlicht, die einen starken Schwerpunkt auf die Transparenz und nicht so sehr auf den Datenschutz gelegt habe. Das ULD, das Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft sei, habe sich aus diesem Grund bei der Stellungnahme enthalten. Viele der EU-Subventionen stellten für die Unternehmerinnen und Unternehmer existenzielle Leistungen dar, die beinahe den Status von Sozialleistungen innehätten. Das ULD plädiere deshalb für eine Bagatellgrenze, unterhalb derer keine Veröffentlichung der Empfänger stattfinden solle.

Die Umsetzung der Initiative in Gesetze werde vermutlich auf Landes- oder auf Bundesebene erfolgen. Es bestehe die Gefahr, dass kleinere Unternehmer sich aus Sorge über die Veröffentlichung ihres Namens nicht um die Subvention bewerben. Dies könne durch die Bagatellgrenze verhindert werden.

M Döring wendet ein, dass die Subventionen nicht mit Sozialleistungen zu vergleichen seien. Bei der Bewilligung der Subventionen gehe es auch nicht um Bedürftigkeit, sondern um die Förderung von Projekten. Betriebszahlen dürften natürlich unter keinen Umständen veröffentlicht werden. - LD Dr. Weichert gibt zu bedenken, dass bestimmte Informationen – auch wenn sie nicht als Sozialgeheimnis eingestuft würden – ähnlich schützenswert seien, weil die Subventionen für die Empfänger ähnlich existenzielle Bedeutung hätten wie Sozialleistungen.

Auf eine Nachfrage des Abg. Fischer führt LD Dr. Weichert aus, das ULD habe nur sehr begrenzt Gelegenheit gehabt, auf seine Bedenken in der Arbeitsgemeinschaft der Informationsbeauftragten hinzuweisen, da die Beschlussfassung sehr kurzfristig erfolgt sei. Einige der Landesdatenschutzbeauftragten, die nicht zugleich Informationsbeauftragte seien, hätten sehr klar auf die mit der Transparenzinitiative verbundenen Gefahren hingewiesen.

M Döring weist im Anschluss an eine Frage des Abg. Fischer darauf hin, dass es bisher nur ein Grünbuch der Europäischen Union gebe, also im Moment die Stellungnahmen der Mit-

gliedstaaten eingeholt würden. Bundesrat und Bundesregierung positionierten sich unabhängig voneinander. Er äußert die Vermutung, dass es eine Rahmenregelung geben werde, in der der Bundesrat sich bei der gesetzlichen Umsetzung erneut positionieren müsse.

Abg. Ritzek wendet zu den Ausführungen von LD Dr. Weichert ein, eine Veröffentlichung der Namen könne auch eine Auszeichnung insofern sein, als der Erhalt von EU-Fördermitteln dafür spreche, dass der jeweilige Betrieb die Förderkriterien erfülle. Er möchte wissen, ob die Chance bestehe, eine länderübergreifend einheitliche Grenze der Veröffentlichung zu schaffen. – M Döring gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass es eine einheitliche Grenze geben werde, allerdings müsse zunächst der Fortgang des Verfahrens abgewartet werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Europaausschuss beschließt, die gemeinsame Reise mit den Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft nach Brüssel vom 1. bis zum 3. Oktober 2007 stattfinden zu lassen.

M Döring informiert darüber, dass Herr Thorsten Augustin seinen Dienst im Hanse-Office in Brüssel antrete. Er gibt einen kurzen Überblick über den Lebenslauf von Herrn Augustin und schlägt vor, ihn in einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, um ihm Gelegenheit zu geben, sich vorzustellen.

Abg. Fischer bittet darum, eine Übersicht zu erstellen, welche Aktivitäten und Veranstaltungen zur Europapolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft geplant seien, um sich frühzeitig auf die Termine einstellen zu können.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr.

gez. Astrid Höfs

Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder

Geschäfts- und Protokollführerin